

Prof. Dr. Ruth Enggruber, Fachhochschule Düsseldorf

Joachim Gerd Ulrich, Bundesinstitut für Berufsbildung

Was bedeutet „inklusive Berufsausbildung“?

Ergebnisse einer Befragung von Berufsbildungsexperten

Spätestens seitdem Deutschland die UN-Konvention über die „Rechte von Menschen mit Behinderungen“ unterzeichnete, wird das Thema „Inklusion“ in der Bildungspolitik kontrovers diskutiert. Dabei wird der Inklusionsbegriff keineswegs einheitlich verwendet. Während die deutsche Politik vor allem auf die Inklusion von *Menschen mit Behinderungen* zielt, geht es der UNESCO um die Beseitigung aller möglichen *Behinderungen von gesellschaftlicher Teilhabe*.

Bei diesem weiten Inklusionsverständnis werden die Ursachen für Behinderungen von Bildungsteilhabe nicht mehr bei den Lernenden, sondern *institutionell* verortet. Somit sollen alle Bildungsbereiche so umgestaltet werden, dass sie allen Menschen mit ihren spezifischen Bedürfnissen und Voraussetzungen gerecht werden. Inklusion ist erreicht, wenn jede Person – unabhängig von Geschlecht, Herkunft und individuellen Beeinträchtigungen – Zugang zu allen Angeboten des Bildungssystems hat und bei Bedarf individualisierte Unterstützung erhält. Übertragen auf die duale Berufsausbildung hieße dies, dass *alle* ausbildungsinteressierten Schulabgänger unmittelbar eine vollqualifizierende Berufsausbildung beginnen könnten, ohne etwa zuvor im Übergangsbereich ihre „Ausbildungsreife“ zu erlangen. Eine entsprechende Umgestaltung des Ausbildungssystems wäre allerdings überaus voraussetzungsvoll.

In dem Beitrag werden zunächst die institutionellen Konsequenzen bzw. Reformfordernisse herausgearbeitet, die mit der Gestaltung einer so weit verstandenen inklusiven Berufsausbildung verbunden wären. Weiterhin wird berichtet, wie rd. 300 Berufsbildungsexperten aus unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern entsprechende Reformen bewerten. Auch wenn die meisten Fachleute aus normativen Erwägungen (Bildungsgerechtigkeit) und strategischen Überlegungen (Bekämpfung des Fachkräftemangels) ein weites Inklusionsverständnis und entsprechende Reformen begrüßten, rechneten sie doch mit einem deutlichen Beharrungsvermögen der bestehenden Institutionen. Dabei spielen die Kosten institutioneller Änderungen eine Rolle, aber auch die als nur wenig reformfreudig eingeschätzten aktuellen politischen Verhältnisse und die als eher konservativ eingeschätzte Haltung der Arbeitgebervertreter. Letzteren attestieren die Fachleute einen besonders starken Einfluss auf die Berufsbildungspolitik. Tatsächlich zeigen sich Bildungsfachleute aus den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden deutlich reservierter gegenüber einem weiten Inklusionsverständnis, bezweifeln häufiger dessen Machbarkeit und warnen zugleich vor nichtintendierten Effekten.